

Ablehnung wird juristisch überprüft

Versammlung der Bürgerinitiative „Pro 50 km/h“

■ Verl (nd). Die Bürgerinitiative „Pro 50 km/h“ hat Widerspruch gegen die Ablehnung eines Teils ihrer Forderungen durch den Kreis eingelegt. Die Bürgerinitiative will die Ablehnung jetzt juristisch überprüfen lassen.

Am Sonntag trafen sich etwa zehn Prozent der mittlerweile 235 Mitglieder der Bürgerinitiative mit Bewohnern der Helfgerd-Siedlung (Verler See). Die Sürenheider würden gern die Geschwindigkeit auf der Sürenheider Straße in Höhe ihrer Siedlung auf 50 km/h reduzieren lassen, da sich in diesem Bereich auch die Bushaltestellen befinden.

Die Bewohner entlang der Bielefelder Straße, die sich zu der Bürgerinitiative „Pro 50 km/h“ zusammengeschlossen haben, hatten den Kreis aufgefordert, die Geschwindigkeit auf dem Teilstück noch vor der Einmün-

dung Wideiweg bis zur Autobahn auf 50 km/h zu beschränken, sichere Bushaltestellen in Höhe der südlichen Einmündung der Pausheide zu errichten, regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen auf der Bielefelder Straße vorzunehmen und in Höhe der Bushaltestelle Pausheide eine stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage zu installieren. Der Kreis war der Bürgerinitiative in einigen Punkten zwar entgegen gekommen, hatte ihre beiden Hauptforderungen (Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h und die stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage) aber abgelehnt.

Rocco Thiede, Sprecher der Bürgerinitiative „Pro 50 km/h“: „Wir werden künftig mit den Betroffenen aus der Helfgerd-Siedlung in der Sürenheide eng zusammenarbeiten, uns gegenseitig unterstützen und nicht locker lassen.“